

„Kanonen und Butter – das ist Schlaraffenland!“

Zeitenwende und Kriegsvorbereitung in Deutschland



„Kanonen und Butter – das ist Schlaraffenland!“

Zeitenwende und Kriegsvorbereitung in Deutschland

KOMMUNISTISCHE ORGANISATION

info@kommunistische-organisation.de

www.kommunistische-organisation.de

© bei den Autoren

Eigenverlag, Januar 2025

Umschlagfoto: Filip Andrejevic auf UNSPLASH

V.i.S.d.P

Adrian Weber

c/o AutorenService.de

Birkenallee 24

36037 Fulda

Inhalt

1. Eine Zeitenwende, die lange vorbereitet war 4

Hintergrund: Der dritte Kriegsanlauf gegen Russland

2. Vom Helm über Taurus bis zur Atomwaffe 7

Kriegsmanöver: Deutschland als NATO-Pfeiler Europas | Brigade Litauen - „Leuchtturmprojekt der Zeitenwende“ | „Europäisches Gesicht im Indopazifik“ | Operationsplan Deutschland – Plan für den Krieg | Wehrdienst, Wehrpflicht, Heimatschutzregiment | Je mehr Waffen, desto länger der Krieg | Aufrüstung europäisch gemacht | Raketen auf Moskau: US-Mittelstreckenwaffen in Wiesbaden | Hintergrund: Die Wiederbewaffnung der BRD

3. Kriegskredite, Zwangsarbeit, Rüstungsbarone 15

Die Kriegswirtschaft wird aufgebaut | Kriegskredite | Wirtschaftskrise – für wen eigentlich? | Sozialkahltschlag, Arbeitszeiterhöhung, Zwangsarbeit

4. Vollstrecker der Zeitenwende gesucht 21

Trump-Wahl und Ampel-Aus | Bundestagswahl 2025 | Hintergrund: Handlungsrahmen des Deutschen Imperialismus

5. Die Heimatfront wird aufgebaut 27

Kriegs- und Völkermordgegner vor Gericht | Die Medien als Kriegstrommler | Russophobie hat Tradition | Die BRD in der rassistischen Offensive | Die „deutsche Verantwortung“ | Hintergrund: Die Rehabilitierung des Faschismus

6. Drei Jahre Zeitenwende – Drei Jahre zu wenig Widerstand 36

Umfragewerte zur Zeitenwende | DGB-Führung im Dienste der Zeitenwende | Proteste und Probleme | Stoppt die Zeitenwende heißt Stoppt den Krieg gegen Russland!

Quellen und Nachweise 42

1. Eine Zeitenwende, die lange vorbereitet war

Vor drei Jahren rief Olaf Scholz die Zeitenwende aus. Seitdem prägen Begriffe wie wehrhaft, kriegstüchtig oder resilient das Geschehen. Auch die konkrete Militarisierung und Kriegsvorbereitung Deutschlands ist in den letzten drei Jahren rasant: Sondervermögen der Bundeswehr, Operationsplan-Deutschland, Wehrpflicht-Debatte, größtes NATO-Manöver, Nationale Sicherheitsstrategie oder Explosion der Waffenexporte nach Israel und in die Ukraine. Auch der Sozialabbau wird immer härter durchgezogen, denn Kanonen und Butter zusammen gibt es nicht, das sei Schlaraffenland äußerte der ifo-Chef Clemens Fuest kürzlich.¹

„Wir brauchen Flugzeuge, die fliegen, Schiffe, die in See stechen, und Soldatinnen und Soldaten, die für ihre Einsätze optimal ausgerüstet sind. Darum geht es, und das ist ja wohl erreichbar für ein Land **unserer Größe und unserer Bedeutung** in Europa.“²

(Olaf Scholz am 27.02.22)

Scholz betonte in seiner Rede am 27. Februar 2022: „Wir erleben eine Zeitenwende. Und das bedeutet: Die Welt danach ist nicht mehr dieselbe wie die Welt davor. (...) Wir nehmen die Herausforderung an, vor die die Zeit uns gestellt hat – nüchtern und entschlossen.“²

Scholz sowie der Begriff *Zeitenwende* selbst vermitteln den Eindruck, dass sich die Zeiten *gewendet* hätten und man sich nun eben daran anpassen müsse. Die Zeitenwende ist jedoch ein Projekt deutscher Großmachtstrategen, das in seinen Grundzügen schon lange vorbereitet wurde und seit Februar 2022 vollstreckt wird. Beispielsweise lag schon 2021 ein Papier zum 100-Milliarden-Sondervermögen für die Bundeswehr vor, und natürlich wurde auch bereits vor 2022 über die Aufstockung des Verteidigungshaushalts und die Wiedereinführung der Wehrpflicht diskutiert.

Die Zeitenwende ist also eine bewusste Aktion und keine Reaktion. Sie soll Deutschland dazu befähigen, Kriege in großem Stil führen zu können und ganz konkret den direkten Krieg gegen Russland vorzubereiten. Die NATO bereitete diesem Krieg spätestens seit der NATO-Osterweiterung in den 1990er Jahren den Weg. Die Entwicklung der letzten drei Jahre ist rasant und es fällt schwer, den Überblick zu behalten. Die Broschüre will die wichtigsten Schritte nachzeichnen. Dabei muss berücksichtigt werden, dass der Text im

Januar 2025 fertiggestellt wurde und uns sicherlich bald neue Entwicklungen erwarten werden.

Die Broschüre kann nicht auf alles im Detail eingehen, daher gibt es immer wieder Tipps zum Weiterlesen. Sie kann von vorne nach hinten, von hinten nach vorne oder nur in Abschnitten gelesen werden. Neben der militärischen, wirtschaftlichen, politischen und ideologischen Aufrüstung richtet sie zuletzt den Blick auf das, was unser aller Aufgabe ist: **Den Krieg gegen Russland zu stoppen.**

Denn Zeitenwende heißt Krieg gegen Russland. Aktuell wird dieser Krieg schon in der Ukraine geführt, doch er soll ausgeweitet werden: Bis 2029 müssten wir „kriegstüchtig“ sein, um Krieg gegen Russland führen zu können, verlaubliche Boris Pistorius. Ohne Benennung des politischen Ziels der Zeitenwende – die Unterwerfung Russlands – bleibt ein Kampf gegen die Aufrüstung und Kriegsmobilisierung zahnlos.



Hintergrund: Der dritte Kriegsanlauf gegen Russland

Der Drang nach Osten ist der rote Faden des deutschen Imperialismus seit über 100 Jahren und maßgeblicher Grund für die zwei von Deutschland begonnenen Weltkriege. Russland ist aufgrund seiner hohen Rohstoffvorkommen, seines großen Absatzmarktes und seiner Investitionsmöglichkeiten seit jeher interessant für den deutschen Imperialismus. Denn Deutschland ist wegen seiner Rohstoffarmut auf Importe angewiesen und das deutsche Wirtschaftsmodell basiert auf hohem Export.

„Der Krieg muss **nach Russland** getragen werden.“³

(Roderich Kiesewetter, CDU)

Auf dieser Grundlage entwickelten sich unterschiedliche deutsche Russland-Strategien, die von Einhegung durch wirtschaftliche Abhängigkeit über die Besetzung der russischen Rohstoffquellen bis hin zur Zerstückelung Russlands reichen.²⁴ 1990 wurde mit dem Ende der Sowjetunion der stärkste Gegner für die imperialistischen Pläne der BRD ausgeschaltet. Damit stand der Weg nach Osten nun wieder offen. Das EU-Projekt der Östlichen Partnerschaft entstand und sollte die deutsch-europäische Ausweitung absichern. Russland war in dieser Expansion ein Störfaktor, da es auf seine Sicherheitsinteressen bestand.



Wahlplakat der CDU von 1947:
Deutscher Revanchismus hat Kontinuität

Trotz gegenteiliger Versprechen wurde die NATO nach Osten bis an die Grenzen Russlands ausgedehnt. Sogar eine Aufnahme der Ukraine in die NATO war immer wieder im Gespräch, obwohl Russland mehrfach gewarnt hatte, dass dies die Überschreitung einer roten Linie wäre. Waffenkontrollverträge wurden einseitig aufgekündigt und Russland keine Sicherheitsgarantien zugestanden. Militärmanöver der NATO wurden unter Beteiligung der Ukraine durchgeführt und die ukrainische Armee so de facto in NATO-Strukturen integriert. Dies alles geschah mit dem Ziel, Russland einzukreisen und als Konkurrenz auszuschalten. Russland soll „ruiniert“ werden, wie Annalena Baerbock 2022 erklärte.

2. Vom Helm über Taurus bis zur Atomwaffe

Anfang 2022 wurde in Deutschland noch darüber diskutiert, ob man Helme an die Ukraine liefern solle. Daraus wurden schnell Munition, Raketen, Panzer und heute steht die Lieferung von Taurus im Raum. Auf militärischer Ebene rüstet der deutsche Imperialismus im Rekordtempo auf. Konkret soll Deutschland der europäische NATO-Pfeiler gegen Russland werden, was über verschiedene Hebel realisiert wird.

Kriegsmanöver: Deutschland als NATO-Pfeiler Europas

Zwei Jahre nach ihrer Gründung führte die NATO 1951 bereits über 100 Kriegsmanöver durch, 2016 waren es fast 250, 2021 dann 300 Manöver. Ziel dieser Manöver mit markigen Namen war und ist es, das Zusammenwirken verschiedener Armeen zu testen, um so den Kriegsfall zu simulieren.

Defender Europe

- Truppenverlegung über den Atlantik durch Westeuropa nach Osteuropa
- Koordination durch das NATO-Zentrum JSEC in Ulm
- 10 000 bis 30 000 Soldaten

Steadfast Defender 2024

- 90 000 Soldaten beteiligt
- Truppenverlegung Richtung Osten
- Bundeswehrmanöver Quadriga 2024 mit 12 000 Soldaten und 3 000 Fahrzeugen

Air Defender 2023

- größtes Luftmanöver seit NATO-Gründung
- unter deutscher Führung, was in der Presse und im Militär besonders betont wurde

Cold Response

- seit 2006 unter norwegischer Führung
- im Nordatlantik und im europäischen Nordmeer
- 30 000 Soldaten aus 20 NATO-Ländern

Brigade Litauen – „Leuchtturmprojekt der Zeitenwende“

Neben den zeitlich beschränkten Kriegstests wird mit der *Brigade Litauen* die größte dauerhafte Stationierung der Bundeswehr im Ausland realisiert, die eine klare Verletzung der NATO-Russland-Akte darstellt. Die *Panzerbrigade 45*, die nicht nur vom Inhalt, sondern auch vom Namen die revanchistischen deutschen Kriegsziele repräsentiert, soll 5 000 Soldaten umfassen und ab 2027 „kampfbereit“ sein. Von Boris Pistorius als „Leuchtturmprojekt der Zeitenwende“ betitelt, soll mit dieser „Führungsverantwortung im Bündnis hier an der NATO-Ostflanke“ übernommen werden.⁵

„Ein paar Jahre nach Ende des Krieges wird **Russland territorial kleiner** sein, als es heute ist. Und wir sollten nicht glauben, dass diese Entwicklung unbedingt gewaltlos verlaufen wird.“⁶

(Carlo Masala von der Universität der Bundeswehr in München bei Twitter)

„Europäisches Gesicht im Indopazifik“

Der Hauptstoß der Zeitenwende richtet sich gegen Russland. Doch damit begnügt sich die deutsche Mobilmachung nicht. 2024 waren deutsche Kriegsfregatten im südchinesischen Meer unterwegs und haben die Straße von Taiwan, eine der Haupttrouten des Welthandels, durchfahren. Dies wurde von der chinesischen Regierung berechtigterweise als Provokation gegen die staatliche Souveränität und Sicherheit gedeutet und von deutschen Politikern auch klar als solche benannt. Während der deutsche Luftwaffeninspekteur Gerhartz davon sprach, dass man „europäisches Gesicht im Indopazifik“ zeige, betonte Pistorius, dass man sich eine „Vernachlässigung dieser Region“ nicht erlauben könne. Schließlich sei der Indopazifik eine der „zentralen Regionen für Sicherheit und Wohlstand im 21. Jahrhundert“.⁷



Schon im 19. Jh. waren deutschen Fregatten auf dem Weg nach China, in die ehemalige deutsche Kolonie Kiautschou.

Operationsplan Deutschland – Der Plan für den Krieg

2022 wurde das *Territoriale Führungskommando der Bundeswehr* aufgestellt, dessen Aufgabe u. a. die Erarbeitung des Operationsplans Deutschland war. Dieser soll die militärische wie zivile Umsetzung des Krieges gegen Russland planen und umfasst ca. 1 000 Seiten, das meiste unterliegt strenger Geheimhaltung. Der Operationsplan Deutschland orientiert sich am sogenannten NATO-Verteidigungsplan und soll Deutschland als Drehscheibe dazu befähigen, den „Aufmarsch der alliierten Streitkräfte über



Deutschland soll Logistik-Drehscheibe für den Krieg werden

und durch Deutschland an die NATO-Ostflanke“ umzusetzen. In diesem Zusammenhang wurde kürzlich ein gemeinsames Abkommen der Niederlande, Polen und Deutschland gefasst, um einen „grenzüberschreitenden Musterkorridor für den militärischen Verkehr von Westen nach Osten“ zu organisieren. Verantwortlich für die Umsetzung ist die in Ulm ansässige NATO-Kommandostruktur *JSEC*, die unter deutschem Befehl steht.⁸

Neben der militärischen Planung umfasst der Operationsplan Deutschland auch Pläne zur infrastrukturellen Versorgung, zur Vorbereitung von deutschen Unternehmen auf den Kriegsfall und zur Militarisierung der Gesellschaft. Im Januar 2024 fand ein Treffen von Unternehmen, Polizei, Wissenschaft, Medien, Feuerwehr und Technischem Hilfswerk statt, um über die Realisierung zu diskutieren. Teil des Plans ist u. a. auch die Wiederherstellung von Bunkern aus der Zeit des deutschen Faschismus sowie der Neubau dieser. Hausbesitzern wird geraten, zukünftig gleich einen solchen mitzubauen. Erfasst werden sollen sie in einer Bunker-App.

Wehrdienst, Wehrpflicht, Heimatschutzregiment

Für den Krieg ist Menschenmaterial dringend nötig. Das zeigen nicht zuletzt die brutalen Zwangsrekrutierungen in der Ukraine, die in vielen Videos belegt sind. Die Frage nach einer Wiedereinführung der Wehrpflicht wurde daher schon lange vor 2022 diskutiert. Mit dem Ausrufen der Zeitenwende wurde sich dann jedoch fix daran gemacht, dies auch in Gesetzesform zu überführen. Pistorius hat im vergangenen Jahr einen Entwurf zum *Neuen Wehrdienst* vorgelegt, der auch bereits beschlossen, aber aufgrund des Koalitionsbruchs noch nicht in Kraft getreten ist. Dieser sieht eine Aufstockung der Reserve sowie

Fortsetzung auf S. 12

Hintergrund: Die Wiederbewaffnung der BRD

Die Niederlage des deutschen Faschismus 1945 hatte in der BRD, anders als in der DDR, nicht die Zerschlagung der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Strukturen, die ihn gestützt hatten, zur Folge. So konnten die deutschen Monopolunternehmen wie ThyssenKrupp, Siemens und IG Farben (heute BASF) ohne Einschnitte fortbestehen. Nazi-Kader wurden rehabilitiert und besetzten wichtige Stellen im Staat. Um nur zwei zu nennen: Heinrich Lübke,



Bundesarchiv, Bild 183-27237-0001 / CC-BY-SA 3.0

Reinhard Gehlen

zuerst Baumeister der Konzentrationslager und Vertrauensmann der Gestapo, anschließend Bundespräsident von 1959 bis 1969. Reinhard Gehlen, der als Leiter des Auslandsgeheimdienstes den Angriff auf die Sowjetunion vorbereitet und dann den Bundesnachrichtendienst (BND) aufbaute.³⁹

Außerdem wurde die Wiederbewaffnung und Aufrüstung der BRD schnell zum zentralen Vorhaben – sowohl in Deutschland als auch im westlichen Ausland. Aus Sicht der USA sollte Deutschland eine zentrale Rolle im Kampf gegen die Sowjetunion und die DDR spielen. Gleichzeitig galt es v. a. aus Sicht Frankreichs, Großbritanniens und der USA, eine militärisch eigenständige BRD zu

verhindern. Dies war der zentrale Grund für die Wiederbewaffnung der BRD im Rahmen der NATO.

Tipps zum Weiterlesen

Jörg Kronauer, *Allzeit bereit. Die neue deutsche Weltpolitik und ihre Stützen*. PapyRossa Verlag, 2015.

Heute Europa, morgen die Welt. *Deutsche Großmachtpolitik in fünf Etappen*. Das Neue Berlin edition ost, 2014.

- 1948** Adenauer beauftragt Gutachten für deutsche Wiederbewaffnung
- 1949** Gründung der BRD und offizielle Teilung Deutschlands; Petersberger Abkommen für den Wiederaufbau der (Rüstungs-)Industrie
- 1950** Treffen von Wehrmachtangehörigen im Kloster Himmerod zur Planung der Wiederaufstellung einer deutschen Armee
- 1952** Erschießung von Philipp Müller (KPD-Mitglied) auf einer Demonstration gegen die Wiederbewaffnung; 9 Millionen Menschen waren laut einer Volksbefragung gegen die deutsche Wiederbewaffnung
- 1954** Pariser Verträge zur Anerkennung der BRD-Souveränität der BRD
- 1955** Beitritt der BRD zur NATO; Gründung der Bundeswehr durch ehemalige Wehrmachtsoffiziere und Einführung der Wehrpflicht
- 1956** Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) als zentrale politische Kraft gegen die deutsche Wiederbewaffnung
- 1990** Übernahme des Gebietes der DDR; Eingliederung der NVA in die Bundeswehr; Vorrücken von NATO und Bundeswehr bis an die Oder
- 1991** Fürstenfeldbrucker Symposium - Planungstreffen zum Aufbau Deutschlands zu einer offensiven Militärmacht
- 1992** Verteidigungspolitische Richtlinien, die die „nationalen Interessenlage“ Deutschlands betonen; Bundesverfassungsgericht ermächtigt den Bundestag, Kriegseinsätze mit einfacher Mehrheit zu beschließen
- 1995** Beteiligung der BRD im Bosnien-Krieg
- 1999** Teilnahme der BRD mit Luftangriffen am Kosovo-Krieg zur Zerschlagung Jugoslawiens
- ab 2001** Gründung des Einsatzführungskommando, laut Potsdamer Abkommen von 1945 verboten
- 2002** Eintritt in den Krieg gegen Afghanistan
- ab 2005** verschiedene Bundeswehreinsätze vor der libanesischen Küste, über dem Baltikum, in Somalia, der Ägäis, Mali etc.
- ab 2017** Aufbau der NATO-Battlegroup in Litauen mit Bundeswehr-Soldaten
- 2022** Verabschiedung eines Kriegskredits von 100 Milliarden und Grundgesetzänderung; Waffenlieferungen an die Ukraine in großem Stil
- ab 2023** Unterstützung des israelischen Völkermordes in Gaza mit Waffenlieferungen; Anklage durch Nicaragua vor dem Internationalen Gerichtshof; Marineeinsatz gegen Jemen im Roten Meer

eine verpflichtende Wehrerfassung für Männer ab 18 Jahren vor. Im Verlauf der Debatte wurde schnell offensichtlich, dass es keineswegs bei der reinen Erfassungspflicht bleiben wird. Pistorius selbst sprach sich für eine Wehrpflicht aus; die CDU nimmt genau diese Forderung in ihr Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2025 auf. Die Einführung der Wehrpflicht scheint klar, unklar ist nur der Zeitpunkt. Die Werbung und Rekrutierung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen an Schulen oder Universitäten, bei Sportevents, auf Jobmessen und in sozialen Medien ist schon lange Standard und wurde in den letzten Jahren noch einmal intensiviert. Darüber hinaus wurde seit 2021 mit dem Aufbau von sechs Heimatschutzregimentern begonnen, die Teil der Bundeswehr sind, sich aus Reservisten zusammensetzen und im Kriegsfall mit Russland für die Landesverteidigung zuständig sind – drei davon sind schon aktiv.

Je mehr Waffen, desto länger der Krieg

Neben der rasanten Aufrüstung in den letzten drei Jahren sehen wir auch eine Explosion der Waffenexporte, auch wenn Deutschland diesbezüglich in der Vergangenheit nicht gerade zögerlich war. Neben den regulären Hauptabnehmern wie USA oder Südkorea sind in den letzten drei Jahren die Ukraine und Israel als Hauptempfänger dazugekommen. Und so konnten deutsche Rüstungskonzerne ihre Umsätze massiv steigern, Rheinmetall verzeichnet eine Auftragssteigerung von fast 50%. Deutschland hat bis Oktober 2024 ca. 52 Milliarden Euro Unterstützungshilfe an die Ukraine geleistet.⁹ Dazu zählen in erster Linie Waffen, Kredite und die Ausbildung ukrainischer Soldaten in Deutschland. Das Motto der deutschen Politik dabei: Je mehr Waffen, desto länger der Krieg. Aus den Helmen wurden schnell Drohnen, Munition, Panzer, Panzerhaubitzen, Patriot, Iris und so weiter. Die Bundesregierung hat eine ellenlange Liste mit allen gelieferten Waffensystemen veröffentlicht.¹⁰ Deutschland liegt nach der EU und den USA auf Platz drei für Waffenlieferungen an die Ukraine. 2023 haben sich jedoch auch die Waffenexporte an Israel in der Unterstützung des israelischen Völkermordes in Gaza fast verzehnfacht, was Deutschland zum zweitgrößten Waffenlieferanten für Israel macht. Aufgrund dieser Waffenlieferungen wurde Deutschland im

DEUTSCHE WAFFENEXPORTE

2022: **8,4** Milliarden €

2023: **12,2** Milliarden €

2024: **13,3** Milliarden €

Frühjahr 2024 von Nicaragua für die Beihilfe zum Völkermord vor dem Internationalen Gerichtshof angeklagt.

„Wir haben Großaufträge in unserer Pipeline, die uns in den kommenden Jahren weiter steigende Umsätze sichern. Zusätzlich bauen wir neue Werke, weiten unsere Kapazitäten massiv aus und tätigen strategische Akquisitionen. So kommen wir unserem Ziel näher, ein **globaler Rüstungschampion** zu werden.“¹¹

(Armin Papperger, Rheinmetall-Vorsitzender)

Aufrüstung europäisch gemacht

Die Aufrüstung wird nicht nur in Deutschland, sondern auch auf europäischer Ebene vorangetrieben. 2024 wurde die *Europäische Verteidigungsindustrie-Strategie (EDIS)* verabschiedet, die alle rüstungsindustriellen Entscheidungen bis 2035 rahmen soll. 2024 wurde dazu extra die Stelle des sogenannten Verteidigungskommissars geschaffen. Andrius Kubilius besetzt das Amt erstmalig und plant eine Aussetzung der Schuldenregelungen innerhalb der EU bezüglich Rüstungsausgaben sowie Kredite durch die *Europäische Investitionsbank*, die bisher Rüstungskredite verweigert hatte. Im November 2024 fand zu diesen Fragen ein Treffen europäischer Rüstungsgrößen auf einem britischen Flugzeugträger in Hamburg statt. Ziel des Treffens war es, die europäische Rüstungsproduktion zu beschleunigen und die nötigen finanziellen Mittel dafür locker zu machen. Laut *International Institute for Strategic Studies (IISS)* belaufen sich die europäischen Ausgaben bisher auf 436 Milliarden Dollar, die deutschen Ausgaben sind in den letzten Jahren um 80% gestiegen.¹² Was die europäische Aufrüstung erschwert, sind die unterschiedlichen nationalen Interessen der einzelnen Staaten, denn jeder will die eigenen Rüstungsprojekte führend machen und in der Produktion möglichst unabhängig von anderen sein.

Rheinmetall investierte 2024 in Unterlüß 300 Millionen Euro zum Bau einer weiteren Munitionsfabrik.



Raketen auf Moskau: US-Mittelstreckenwaffen in Wiesbaden

Ohne Vorabinformation wurde beim *NATO-Gipfel 2024* verkündet, dass ab 2026 US-Mittelstreckenraketen nahe Wiesbaden stationiert werden. Diese haben den Zweck, mit ihrer Reichweite von bis zu 2500 km direkt Ziele in Russland angreifen zu können. Nachdem die USA 2017 verstärkt wieder mit dem Bau von Mittelstreckenraketen begonnen hatten, kündigte Trump 2019 den *INF-Vertrag*, der die Stationierung bisher untersagt hatte, auf – mit dem Ziel, nahe China Mittelstreckenraketen aufzustellen. Mit der Stationierung der US-amerikanischen Waffensysteme in Deutschland wird eine „Fähigkeitslücke“ geschlossen, wie es salopp heißt.

„Es gilt, eine gewisse Position der Stärke zu entwickeln, um sich **gegen Russland** positionieren zu können (...)“¹³

(Maik Keller, Brigadegeneral, 2024)

Die US-Waffen sollen in fünf bis sieben Jahren durch europäische Waffen ersetzt werden, die aktuell im Programm *ELSA* entwickelt werden. Eine öffentliche Debatte über die Stationierung fand nicht statt – aus Sicht der Herrschenden verständlich: Es gilt zu verdecken, welche Gefahr von dieser Entscheidung für die Menschen in Deutschland ausgeht. Das Bewusstsein über die Pläne und Gefahren der Stationierung ist folglich eher gering und dennoch regt sich Widerstand. Im Oktober 2024 wurde der *Berliner Appell* gegen die Stationierung gestartet, der 27 000 Unterschriften zählt (12/24).

Air Base Ramstein – 2026 sollen außerdem US-Mittelstreckenraketen nahe Wiesbaden stationiert werden.



3. Kriegskredite, Zwangsarbeit, Rüstungsbarone

Die Kriegswirtschaft wird aufgebaut

Kriegswirtschaft bedeutet, eine Volkswirtschaft auf Kriegssituationen umzustellen. Das umfasst beispielsweise Unabhängigkeit in der Beschaffung von Rohstoffen und Energie, das Hochfahren der Rüstungsproduktion, den Ausbau von Infrastruktur für den Transport von Kriegsgerät und Kriegskredite in großem Stil. All das können wir in ersten Ansätzen in den letzten Jahren beobachten.

Es geht darum „wie viel **Marktwirtschaft** in Zeiten des Krieges in Europa möglich und wie viel **Planwirtschaft** nötig ist“¹⁴

(Andre Wüstner, Vorsitzender des Bundeswehrverbandes, 2024)

Die angestrebte Unabhängigkeit von Energie, Rohstoffen und Schlüsseltechnologien ist in fast allen Strategiepapieren ein Thema. Dazu wurde extra eine *Rohstoffstrategie* ausgearbeitet und auch in der *Nationalen Sicherheitsstrategie* spielt das Thema eine wichtige Rolle. Ziele sind u. a. die Reduzierung von Rohstoffimporten aus China, der Aufbau eigener Schlüsseltechnologien und das Stärken neuer Energiepartnerschaften zum Ausgleich der russischen Energielieferungen.

Auch in der *Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsindustriestrategie (SVI)*, die im November 2024 erneuert wurde, wird dieses Ziel betont. Gerade im Bereich der Waffentechnologie sowie Wartung und Reparatur wird auf komplette Autarkie gesetzt, um im „Ernstfall“ nicht vom Ausland abhängig zu sein. Laut SVI soll die Zivilklausel abgeschafft werden, um jegliche Forschung und Wissenschaft in den Dienst der Militarisierung stellen zu können. Dies wird in den nächsten Jahren sicherlich ein Thema an Universitäten und Forschungsinstituten sein und hoffentlich auf Gegenwehr stoßen. Auch wenn die deutsche Rüstungsindustrie bisher nicht gerade schlecht dastand, soll diese in den nächsten Jahren noch einmal erheblich gefördert werden: mit staatlich gesicherten Abnahmegarantien, Subventionen oder, wenn nötig, auch mit staatlichem Einstieg. In den Rüstungskonzern Diehl ist der deutsche Staat schon eingestiegen, bei Thyssen Krupp Marine Systems wird das gerade verhandelt. Doch auch der Aufbau neuer Rheinmetall-Werke, eines der größten übrigens in der Ukraine mit Direktlieferung an die Front, spielt eine wichtige Rolle. Bei der Arbeitskräftebeschaffung für die Rüstungsindustrie soll ebenfalls nachgeholfen werden: Sei es durch Förderung von Umschulung oder aber der

Verlagerung von Entlassenen aus der Autoindustrie in Rüstungsbetriebe. Solche Fälle gab es zuletzt schon bei Rheinmetall, das entlassene Arbeiter von Continental einstellte.¹⁵

Tipp zum Weiterlesen

Jürgen Wagner, Im Rüstungswahn. Deutschlands Zeitenwende zu Aufrüstung und Militarisierung. PapyRossa Verlag, 2022.

Kriegskredite

Eine der ersten Maßnahmen der Zeitenwende war die Verabschiedung des 100 Milliarden Sondervermögens für die Bundeswehr. Der Name *Sondervermögen* täuscht: Es handelt sich nicht um ein vom Himmel gefallenes Vermögen, sondern um einen normalen Kredit, der bis 2031 aus dem Bundeshaushalt getilgt werden muss – per Kürzungen und Sparmaßnahmen. Das Sondervermögen wurde per Grundgesetzänderung beschlossen und wird dazu genutzt, den regulären Haushalt auf die 2% Rüstungsausgaben des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aufzustocken. Da diese Aufstockung bis 2027 aufgebraucht sein wird, steht ein neuer Kriegskredit von 300 Milliarden im Raum. Es gibt jedoch auch viele Stimmen in Politik, Wirtschaft und Militär, die den regulären Militärhaushalt dauerhaft auf mindestens 2% erhöhen wollen, viele sogar auf 3 bzw. 4% des BIP. Zuletzt machte Alice Weidel von der AfD Schlagzeilen, die 5% forderte.

Für was gibt's eigentlich Geld?

17% für den Krieg*

5% für Bürgergeld

3,3% für Gesundheit

0,22% für Integration

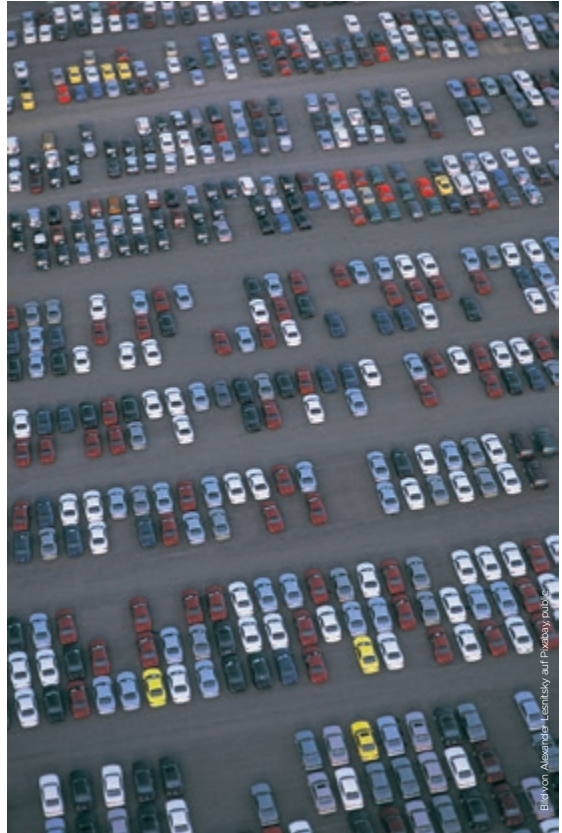
*vorläufiger Bundeshaushalt 2025: Bundeswehr, Partnerstaaten + Sondervermögen 20 Milliarden

Wirtschaftskrise – für wen eigentlich?

Deutschland ist nach den USA und China die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt und stützt sich dabei v. a. auf den Export von Maschinen, Technologie und im Speziellen seine Autoindustrie. Aufgrund der technologisch rasanten Entwicklung, was die Digitalisierung und den Einsatz erneuerbarer Energien betrifft, soll auch die deutsche Industrie umgestellt werden, um ihre Stellung in der Welt zu behaupten. Bereits vor einigen Jahren prägten daher die Begriffe *Transformation* und *Industrie 4.0* die Debatte. Energietechnisch soll langfristig auf Wasserstoff umgestellt werden, um die eigene Wettbewerbsfähigkeit und Unabhängigkeit zu sichern, auch wenn dies nicht unumstritten ist.

All diese Maßnahmen sind mit hohem Stellenabbau verbunden – erste Schritte dahin sehen wir in den aktuell angekündigten oder schon vollzogenen Entlassungen in vielen Betrieben. Die Transformation stockt jedoch, die Umstellung auf erneuerbare Energien läuft nicht so schnell und reibungslos wie geplant, der technologische Fortschritt schwindet und die Exporte (v. a. deutscher Autos nach China) schwächeln. Zusätzlich erschweren die gestiegenen Energiepreise aufgrund der vom Westen gegen Russland verhängten Sanktionen die Standortattraktivität und Wettbewerbsfähigkeit. Einige Unternehmen verlagern ihre Produktion ins Ausland, da

sie dort aufgrund der billigeren Bedingungen höhere Profite einfahren können. Teile der deutschen Wirtschaft stecken in der Krise und derzeit wird unter den deutschen Herrschenden darum gerungen, wie man am effektivsten dagegen vorgehen kann. Aber wen trifft die Krise? Während die Dividen-



Die deutsche Autoindustrie ist für die ökonomische Weltmarktstellung Deutschlands enorm wichtig.

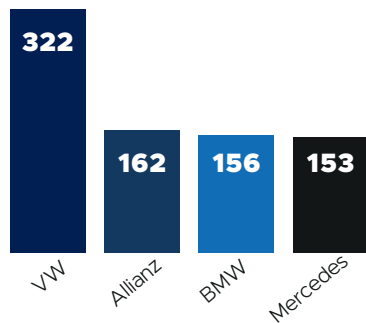
denausschüttung 2023 ein Rekordniveau erreicht, steigen die Armutszahlen. Preissteigerung, Inflation, Reallohnverlust und Entlassungen treffen die Arbeiterklasse – während die Profitrate der Monopole steigt. Durch Maßnahmen wie die Inflationsausgleichsprämie, die übrigens auch durch Steuergelder und damit Löhne finanziert wird, hat der deutsche Staat versucht, die Verarmung einzugrenzen – mit dem Ziel, größere soziale Unruhen zu verhindern.

Dividendenausschüttung der DAX-Konzerne 2023 auf Rekordniveau von **55 Milliarden Euro**

Strompreis der Industrie fast gleichbleibend – dank **Steuergeschenke** durch den Staat

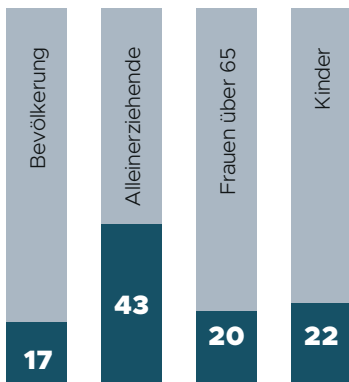
Umsätze deutscher DAX-Unternehmen⁴¹

in Milliarden Euro



Wer ist von Armut betroffen?⁴⁰

In Prozent vom Gesamt



Lebensmittelpreise um **30%** gestiegen

2022 **größter Reallohnverlust** seit 2008

Strompreise für Privathaushalte um 50% gestiegen

200.000 Familien wurde 2024 der **Strom abgestellt**

Sozialkahlschlag, Arbeitszeiterhöhung, Zwangsarbeit

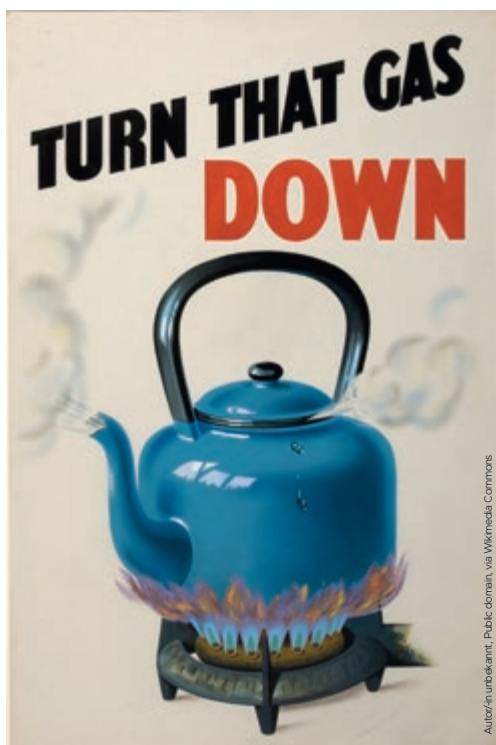
Krieg kostet Geld. Dieses Geld kommt nicht von den Unternehmen, sondern von den Arbeitenden, Rentnern, Arbeitslosen. Die Kosten der Aufrüstung und Kriegsvorbereitung werden über Sparmaßnahmen im Bereich Bildung, Soziales, Gesundheit finanziert – das war früher so und ist heute nicht anders.

„Kanonen und Butter, das ist **Schlaraffenland**“¹

(Ifo-Chef Clemens Fuest, 2024)

Seit einiger Zeit werden verschiedene Forderungen von Wirtschaft und Politik aufgestellt: Die Arbeitszeit soll flexibilisiert, sprich erhöht, und Ruhezeiten abgeschafft werden - Arbeitskräfteeinsatz ganz nach Bedarf und Profit der Unternehmen. Eine Rentenreform steht schon länger im Raum. Hier sind die Erhöhung des Renteneintrittsalters sowie ein Ausbau der privaten, auf Spekulation beruhenden Altersvorsorge angedacht – nach dem Vorbild der USA, wo die Rentenhöhe schon länger vom Spekulationsglück abhängt.

Das Bürgergeld soll abgeschafft und durch eine Grundsicherung mit Arbeitszwang ersetzt werden, sprich jeder soll zu jeglicher Arbeit gezwungen werden. In Thüringen wurde ein Arbeitszwang schon bei Geflüchteten getestet, dieser soll laut CDU-Forderung nun auch auf Bürgergeldempfänger ausgedehnt werden. Wer der Zwangsarbeit nicht nachkommt, dem werden die Mittel gestrichen. Politiker argumentieren, dass sich Arbeit wieder lohnen müsse, gerade im Niedriglohnsektor. Dabei ist völlig klar, dass die Zwangsarbeit die Reallöhne der Beschäftigten sicher nicht erhöhen, sondern höchstens nach unten drücken wird. Doch Spaltung zwischen den Prekären und den Prekärsten ist ein beliebtes und leider gut funktionierendes Herrschaftsmittel. Diese



Das Motto 2022: „Frieren gegen Putin“

Maßnahmen sollen einerseits Einsparungen im Sinne der Aufrüstungskosten mit sich bringen, andererseits die Unternehmensprofite durch erhöhte Ausbeutungsmöglichkeiten steigern.

„(...) es gilt: **Panzer oder Kindertagesstätten?** Wer das jetzt nicht schafft, der wird auch in normalen Zeiten den Mumm nicht aufbringen, der Bevölkerung etwas zuzumuten.“¹⁶

(Frankfurter Allgemeine Zeitung an die Bundesregierung)

Künftig wird noch stärker selektiert werden: Verwertbare und kompatible Migranten – „Fachkräfte“ – sind erwünscht. Ganz im Sinne der deutschen Wirtschaft, deren Reichtum nicht zu kleinen Teilen auf der Ausbeutung ausländischer, meist osteuropäischer Arbeitskräfte basiert. Diese sollen mit den aktuellen Verschärfungen dazu gedrängt werden, jede Arbeit anzunehmen, während gleichzeitig die Löhne gedrückt werden. Hinzu kommen Maßnahmen wie Bezahlkarten, Kürzungen von Sozialleistungen und Abschiebungen, um Teile der weniger gut auszubeutenden Migranten unter Druck zu setzen oder loszuwerden.

über **55%** der EU-Arbeitskräfte kommen aus Ländern der
EU-Osterweiterung

Menschen mit Migrationshintergrund haben ein **doppelt** so hohes
Armutsrisiko

Migranten arbeiten **3x häufiger** als Deutsche **in Befristung**
der Anteil von Migranten im **Niedriglohnssektor** liegt bei **35%**,
bei Deutschen sind es 16%

4. Vollstrecker der Zeitenwende gesucht

Trump-Wahl und Ampel-Aus

Spätestens seit der Präsidentschaftswahl von Trump und dem Ampel-Aus versuchen sich alle großen Parteien als die geeigneten Vollstrecker der Zeitenwende darzustellen. In Medien, Wirtschaft und Militär wird eine scheinbar mangelhafte Performance der Ampel-Koalition betont und so über die rasanten Kriegsmaßnahmen der letzten Jahre hinweggetäuscht. Die aktuellen Zustände scheinen für den Krieg im großen Stil noch nicht auszureichen. So kommentiert die regierungsnahen Denkfabrik *Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP)*: „Zu keinem Zeitpunkt war der Versuch erkennbar, zu einer „Zeitenwende“-Regierung auf der Höhe der neuen Zeit zu werden. (...) Deutschland ist das größte Land Europas, die zweitgrößte NATO-Nation und im Augenblick sogar die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt. Daraus erwächst Verantwortung (...) Mit der Herausforderung Trump wird Deutschland umso besser umgehen können, je konsequenter der kommenden Bundesregierung die Priorisierung des Offensichtlichen gelingt: Verteidigung, Wirtschaft, Migration.“¹⁷

Und so waren Trump, die deutsche Aufrüstung und die Ukraine-Unterstützung ein maßgebliches Thema bei den Reden nach dem Koalitionsbruch. Habeck postulierte, dass Deutschland in Europa eine Rolle zu spielen habe und wurde darin von Baerbock unterstützt. Baerbock wolle die europäische Sicherheit „noch größer (...) denken und größer (...) machen“.¹⁸ Und Scholz kam es nach der US-Wahl darauf an, bezüglich der Ukraine das Zeichen zu senden, dass auf Deutschland Verlass sei.¹⁹ Aktuell ist noch nicht klar, inwieweit sich die

Baerbock will Europa „größer denken“

Fortsetzung auf S. 24



Hintergrund: Handlungsrahmen des Deutschen Imperialismus

Eine Besonderheit des Deutschen Imperialismus war schon immer seine ökonomische Weltmachtstellung bei vergleichsweise geringerer Gebietsgröße und militärischer Einflussphäre. Grund dafür ist, dass der Deutsche Imperialismus wegen seiner späten Staatsgründung weniger Kolonien und militärische Einflussgebiete besetzen konnte als beispielsweise England oder Frankreich. Teil deutscher Herrschaftsüberlegungen war also immer, wie man die Einflussgebiete ausdehnen könne, was ein wesentlicher Hintergrund für den ersten und zweiten Weltkrieg war.

Nach der Niederlage des Faschismus 1945 fand der deutsche Imperialismus einen neuen Handlungsrahmen vor. Die NATO war seine Chance auf Wiederbewaffnung und militärische Aufrüstung, auch wenn sie militärische Abhängigkeit, gerade von den USA, bedeutete. Gerade zwischen Deutschland und den USA wurde immer um die ökonomische Machtstellung gerungen, was sich nicht zuletzt in der Sprengung der Nord-Stream II Pipeline zeigt. Dabei ist natürlich klar, dass die USA Deutschland militärisch wie ökonomisch weit überlegen sind.

„Es ist zu erreichen die Gründung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes(...) Dieser Verband, wohl ohne gemeinsame konstitutionelle Spitze, unter äußerer Gleichberechtigung seiner Mitglieder, aber tatsächlich unter deutscher Führung, muss die **wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands** über Mitteleuropa stabilisieren.“⁴²

(Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg 1914)

Parallel zum Ausbau seiner militärischen Macht innerhalb des NATO-Verbandes forcierte der deutsche Imperialismus jedoch auch immer einen Machtaufbau über den Hebel der EU. So wurden die deutschen Monopolunternehmen beispielsweise im Zuge der EU-Osterweiterung massiv gestärkt, indem sie scheinbar grenzenlosen Zugriff auf billige Arbeitskräfte und riesige Absatzmärkte erhielten. Eine Schwierigkeit der EU besteht jedoch darin, dass die EU-Staaten durchaus verschiedene Interessen haben, was man beispielsweise im Fall Polens oder auch Ungarns sehen kann. Natürlich spielen auch die USA hier eine wichtige Rolle, die beispielsweise Polen auf Distanz zu Deutschland halten möchten und dafür eigenständig militärisch einbinden. Für Deutschland gilt es, die eigene machtpolitische Position zu stärken, um so deutsche Interessen in Europa durchzusetzen.

In einer unserer Publikationen zum Ukraine-Krieg hielten wir fest: „Ein Bruch mit der NATO ist für Deutschland auf absehbare Zeit nicht möglich, unabhängig von der politischen Kraft, die an der Macht ist. Dies erklärt sich allein aus den im Vergleich geringen militärischen Fähigkeiten, um international wirklich eigenständig auftreten zu können oder auch größere militärische Konfrontationen eigenständig durchzuführen. Deutschland will Führungsmacht werden und verfolgt dieses Ziel mit der NATO. Der deutsche Imperialismus strebt eine Position auf Augenhöhe mit den USA im transatlantischen Bündnis und eine klar (militärisch) dominierende Rolle in Europa an. Um dies zu erreichen, nutzt Deutschland seine Stellung innerhalb der NATO, aber auch innerhalb der EU. Die EU dient ihm, um Druck auf die USA auszuüben, indem Deutschland stärker darauf setzt, die Fähigkeiten in der EU aufzubauen und unabhängiger von den USA agieren zu können. Die NATO dient dem deutschen Imperialismus als Mittel, um innerhalb der EU seine politischen Interessen durchzusetzen und z.B. den Druck auf Frankreich zu erhöhen.“⁴³

„Europa ist wieder da“, Plakat der CDU zur EU Wahl 1989
Die folgende EU-Osterweiterung brachte dem Deutschen Imperialismus große Gewinne.

'89 FRISCHER WIND FÜR EUROPA

1989 ist ein wichtiges Jahr für Europa. Am 18. Juni 1989 wählen die Bürger Europas zum dritten Mal ihr Europäisches Parlament.

Die Europawahl ist ein Votum für Europa und zugleich ein Votum für die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland.

Europa muß wirtschaftlich, kulturell und politisch weiter zusammenwachsen. Kein Land Europas allein ist heute stark genug, um im internationalen Wettbewerb auf Dauer zu bestehen. Nur gemeinsam haben die Europäer die Chance, auch in Zukunft eine technologische Spitzenposition zu halten und Exportmärkte zu sichern. Nur gemeinsamer grenzüberschreitender Umweltschutz sichert die ökologische Zukunft Europas für kommende Generationen. Nur

gemeinsam kann Europa weltweit politische Verantwortung übernehmen.

Europa ist wieder da. Das ist ein Erfolg von Bundeskanzler Helmut Kohl und der CDU. Die Bundesrepublik Deutschland ist Vorreiter und Motor für die europäische Politik.

Von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl – die CDU war und ist die deutsche Europapartei.

CDU

CDU, CC BY-SA 3.0 DE, via Wikimedia Commons



Pistorius beim 25. Treffen des Ramstein-Formats

US-Politik in der Ukraine verändern wird. Ein Zurückfahren der US-Kapazitäten ist jedoch möglich, mit dem Ziel, diese gegen China zu richten. Folglich würden die USA eine Lücke in Finanzierung, Aufrüstung und Kriegsmobilisierung hinterlassen, die der deutsche Imperialismus gerne füllen möchte – ganz im Sinne Deutschlands als NATO-Pfeiler Europas. Das ist schon lange Tenor der Herrschenden und das *Institut für Weltwirtschaft* in Kiel schrieb schon vor der US-Wahl: „Die europäische Verantwortung für die Unterstützung der Ukraine und für die Abschreckung wird in dem Maße zunehmen, in dem die Kräfte der Vereinigten Staaten mehr und mehr in Asien und in der Innenpolitik gebunden werden.“²⁰ Insofern dient die neue Trump-Administration auch als gern vorgeschobene Legitimation einer ohnehin präferierten Vertiefung der Kriegsvorbereitung, wie in der Debatte über die Erhöhung der Militärausgaben.

Bundestagswahl 2025

Die Ampel trennte sich u. a. an der Frage der zukünftigen Finanzierung der Kriegsvorbereitung, also dem Aufbau der Kriegswirtschaft. Dies sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass hier die eine Kriegsregierung durch die nächste ersetzt wird. Die Frage ist, wer machtpolitisch in der Lage ist, die Zeitenwende möglichst rasch und effizient umzusetzen, die Weltmarktstellung der deutschen Wirtschaft zu behaupten und dabei auf einen ausreichenden gesellschaftlichen Rückhalt zurückgreifen kann. In diesem Sinne wird Wahlkampf betrieben.

CDU

„Grundsicherung“ mit
Arbeitszwang
Einführung der **Wehrpflicht**
mindestens 2% des BIP für
Militär

SPD

mindestens **2%** des BIP
für Militär
„flexibler **Wehrdienst**“

FDP

Beschränkung des Streikrechts
Tauruslieferungen
mindestens 2% des
BIP für Militär

Die Grünen

Habeck fordert **3,5%**
des BIP für das Militär
für den **NATO-Beitritt**
der Ukraine

Auffällig ist, dass sich die Alternative für Deutschland (AfD) immer mehr als geeigneter Vollstrecker der Zeitenwende inszeniert und in diesem Sinne auch gefördert wird. Sie steht für Aufrüstung im großen Stil, sozialen Kahlschlag und extremen Chauvinismus. Gleichzeitig kann sie sich auf eine zunehmende Beliebtheit stützen. Mit ihrer nationalistischen „Deutschland zuerst“-Rhetorik trifft sie im Establishment auf Zustimmung. Damit meint sie vor allem „Krieg zuerst“ und die Herstellung der Kriegstüchtigkeit. Die manchmal anklingende Rhetorik gegen die USA oder für Frieden mit Russland sind letztendlich leere Worte. Der AfD geht es hier vielmehr um die tatsächlichen oder vermeintlichen Nachteile, die der Ukraine-Krieg für Deutschland aktuell hat.

„Wenn sich die USA jetzt zum Beispiel mehr auf den Pazifik konzentrieren, wird sich das ändern müssen. Dann wird **Eigenverantwortung das Gebot der Stunde** sein. Aber unsere Streitkräfte sind darauf nicht vorbereitet. Wir haben der Logistik ein völlig ungesundes Übergewicht gegenüber der Kampftruppe gegeben. Die Folge: Wir sind nicht in der Lage, große militärische Operationen eigenständig durchzuführen.“²¹

(Alice Weidel, AfD, 2025)

AFD

Einführung der
Wehrpflicht

Erhöhung des
Militärhaushalts,
Weidel fordert **5%**
des BIP

Sicher ist der Wille und das Programm der AfD, Deutschland zur Kriegsmacht zu machen – und das kann langfristig auch einen Krieg gegen Russland beinhalten. Nach Lage der Dinge wird das zumindest im Interesse des deutschen Imperialismus bleiben. Die AfD stand schon immer für die deutsche NATO-Mitgliedschaft, Ausrüstung und Wehrpflicht. Von ihrer Inszenierung als Friedenspartei darf man sich nicht täuschen lassen.

„Ich kann ja nicht die ganze Zeit **Friedenstauben** posten und dann plötzlich die Wehrpflicht in den Bundestag einbringen“²²

(AfD-Abgeordnete, namentlich nicht erwähnt)

Das neu gegründete Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) stützt sich vor allem auf ehemalige Wähler der SPD oder Linkspartei, die mit dem Pro-NATO-Kurs ihrer Partei nicht mehr einverstanden sind. In einigen Fragen vertritt das BSW Positionen, die der aktuellen Politik durchaus konträr gegenüberstehen, z. B. in der Frage der Waffenlieferungen an Israel oder an die Ukraine. Gerade deswegen setzen viele aus der Friedensbewegung ihre Hoffnung in das neue Parteiprojekt. Dabei steht auch das BSW im Kern nicht gegen die Pfeiler deutscher Kriegspolitik: Der Austritt aus dem Kriegsbündnis NATO ist beispielsweise keine Forderung. Im Zuge der Koalitionsverhandlungen in Thüringen wollte das BSW die US-Mittelstreckenraketen-Stationierung zum Thema machen und pries dann die Einigkeit über folgende Passage im Koalitionsvertrag als Erfolg: „Eine Stationierung und deren Verwendung ohne deutsche Mitsprache sehen wir kritisch.“ Nicht die Stationierung ist für das BSW das Problem, sondern dass Deutschland kein Mitspracherecht beim Abfeuern gegen Russland hat. Diese Haltung steht sicherlich nicht für alle Mitglieder oder Unterstützer des BSW, aber für dessen Führung.

BSW

gegen eine Wehrpflicht

für eine
**„angemessen
ausgerüstete“**
Bundeswehr

5. Die Heimatfront wird aufgebaut

Neben der militärischen und ökonomischen Aufrüstung bedeutet Zeitenwende auch die ideologische Mobilmachung der Gesellschaft: Die Heimatfront muss stehen, wenn Krieg geführt werden soll. Schon vor 2022 wurde immer wieder das fehlende Bewusstsein der Deutschen für Krieg und Militarisierung beklagt. Baerbock postulierte, dass man nicht „kriegsmüde“ werden dürfe, und Bundeswehr-Kommandeure forderten kürzlich das nötige „Mindset“ für den Krieg.²³ In diesem Sinn wurden die Schritte, die die deutsche Gesellschaft fit für den Krieg machen sollen, in den letzten drei Jahren intensiviert.

„Wir müssen am **Mindset der Bevölkerung arbeiten**. (...) Jeder kann bei sich selbst anfangen, in seinem eigenen Haushalt. Man muss wirklich kein Prepper sein. Aber wenn man sich mal zehn Liter Wasser und ein paar Nudelbüchsen in den Keller legt, kann das nie schaden. (...) Und da muss man sich darauf einstellen, dass der schwer verwundete Soldat zuerst behandelt wird, der Blindarm-Patient später. Auf diese Aspekte muss man die Bevölkerung so vorbereiten, dass sie es versteht.“²⁴

(Michael Giss, Landeskommando Baden-Württemberg, 2025)

Kriegs- und Völkermordgegner vor Gericht

Ein bewährtes Mittel ist die Kriminalisierung jener, die sich gegen den Kriegskurs aussprechen. Im Oktober 2022 wurde der Paragraph 130 um den Abs. 5 erweitert, der das „öffentliche Billigen, Leugnen und gröbliche Verharmlosen“ von „Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen“ unter Strafe stellt, „wenn die Tat in einer Weise begangen wird, die geeignet ist, zu Hass oder Gewalt aufzustacheln und den öffentlichen Frieden zu stören“.²⁵

Das Strafmaß reicht von Geldstrafe bis zu drei Jahren Freiheitsentzug. Was als Völkermord oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit gilt, beruht nicht auf wissenschaftlichen Ergebnissen oder juristischen Feststellungen, sondern unterliegt der Willkür der Strafverfolgungsbehörden – und damit der deutschen Staatsräson. Konkret will der deutsche Staat abweichende Äußerungen im Ukraine-Krieg unterdrücken und hat seit 2022 zahlreiche Strafanzeigen verhängt. Getroffen hat es u. a. den Friedensaktivisten Heinrich Bücker, der nach einer Gedenkrede zum deutschen Überfall auf die Sowjetunion angezeigt worden war.²⁶

Tipp zum Weiterlesen

Komitee gegen das PSDU-Verbot
www.psd-verbatim.info

Fast ein Jahr später häufte sich die Strafverfolgung von Aktivist:innen, die sich gegen den von Israel verübten Völkermord in Gaza stellten. Auch hier liegen seit Oktober 2023 zahlreiche Anzeigen vor. Neben den Strafanzeigen gegen Aktivist:innen setzte der deutsche Staat Organisations- und Betätigungsverbote gegen verschiedene Organisationen durch, u. a. *Sami-doun* oder *Palästina Solidarität Duisburg (PSDU)*. Begründet wurde dies meist mit dem Vorwurf des Antisemitismus, wobei Kritik an Israel als Besatzungs- und Kolonialmacht grundsätzlich als antisemitisch gewertet wird. Mit der im Herbst 2024 verabschiedeten Antisemitismus-Resolution wurde dies dann in einen institutionellen Rahmen gegossen. Viele Palästina-Aktivist:innen wehren sich gegen die Kriminalisierung und strafrechtliche Verfolgung, so auch das *Komitee gegen das PSDU-Verbot*.

Fast ein Jahr später häufte sich die Strafverfolgung von Aktivist:innen, die sich gegen den von Israel verübten Völkermord in Gaza stellten. Auch hier liegen seit Oktober 2023 zahlreiche Anzeigen vor. Neben den Strafanzeigen gegen Aktivist:innen setzte der deutsche Staat Organisations- und Betätigungsverbote gegen verschiedene Organisationen durch, u. a. *Sami-doun* oder *Palästina Solidarität Duisburg (PSDU)*. Begründet wurde dies meist mit dem Vorwurf des Antisemitismus, wobei Kritik an Israel als Besatzungs- und Kolonialmacht grundsätzlich als antisemitisch gewertet wird. Mit der im Herbst 2024 verabschiedeten Antisemitismus-Resolution wurde dies dann in einen institutionellen Rahmen gegossen. Viele Palästina-Aktivist:innen wehren sich gegen die Kriminalisierung und strafrechtliche Verfolgung, so auch das *Komitee gegen das PSDU-Verbot*.



Die Medien als Kriegstrommler

Die großen deutschen Medien, als „vierte Gewalt“ schon immer eng mit Politik, Denkfabriken und Netzwerken verstrickt, spielen eine wichtige Rolle in der Zeitenwende. Manchmal wirken sie als Anheizer, z. B. bei der Lieferung der Leopard II-Panzer, dann wieder als scheinbare Stimme der Vernunft – ganz nach Situation und Bedarf. Die angewendeten Mittel sind: Selektives Berichten, Aussparen von Informationen und Kontext oder direkte Falschaussagen. In den Medienhäusern werden politische Linien von oben durchgegeben, in den öffentlich-rechtlichen Anstalten wurden in der Vergangenheit immer wieder Dokumente durchgestochen, die den Journalisten ein bestimmtes Wording vorgeben. Ganz abgesehen von der klaren politischen Ausrichtung zentraler Medienunternehmen, die sich explizit einer zionistischen, transatlantischen und antikommunistischen Linie verschrieben haben, wie z. B. der Springer-Verlag. Dabei machen manche, wie das Handelsblatt, in der Ukraine-Berichterstattung auch nicht davor Halt, Vergleiche zur deutschen Wehrmacht zu ziehen.

„Ähnlich wie die **Wehrmacht 1943 bei Kursk** versuchte die ukrainische Armee 2023 südostwärts von Saporischschja, ein tief gestaffeltes, gut ausgebautes Stellungssystem zu durchbrechen. Genau wie 1943 ruhten die Hoffnungen dabei auch auf überlegenen Panzern aus deutscher Produktion – damals „Tigern“ und „Panthern“ – 80 Jahre später „Leoparden“. Wie die Wehrmacht 1943, so scheiterte 2023 auch die ukrainische Armee nicht zuletzt an den schier endlosen Minenfeldern und der zahlenmäßig weit überlegenen gegnerischen Artillerie. Doch scheint die Ukraine **aus dem Misserfolg die richtigen Lehren** gezogen zu haben. Anders als Hitler 80 Jahre zuvor.“²⁷

(Roman Töppel im Handelsblatt, 2024)

Während über die Rekrutierung in Russland Schauerbilder verbreitet werden, sind die Videos von Zwangsrekrutierungen in der Ukraine, wo junge Männer auf offener Straße in Lieferwägen gezogen werden, nicht zu sehen. Ebenso wenig natürlich die Stimmen und Bilder, die den Krieg der ukrainischen Regierung gegen die Volksrepubliken seit 2014 belegen, zumal man vor 2014 durchaus noch Berichte dieser Art finden konnte. Auch das Wording soll helfen und so kann man immer und überall vom „brutalen und völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands“ sowie vom „von der Hamas kontrollierten Gesundheitsministerium in Gaza“ lesen. Journalisten, die der Berichterstattung der Zeitenwende etwas entgegensetzen, werden diffamiert und gecancelt.

Tipp zum Weiterlesen

Renate Dillmann. Medien. Macht. Meinung. Auf dem Weg in die Kriegstüchtigkeit. PapyRossa Verlag, 2024.

Beispiel dafür ist der ehemalige NDR-Korrespondent Patrik Baab, der über die Referenden in den Volksrepubliken berichtete. Er dokumentierte deren geordneten und freien Ablauf und sah keine Anzeichen für ein Anzweifeln der Ergebnisse,

wofür ihm seine Lehraufträge an der Universität in Kiel gekündigt wurden. Denn Information, die nicht ins Raster der deutschen Kriegshetze passt, ist „Desinformation“ und „Feindpropaganda“.

Und im Falle dieser wird auch nicht vor Zensur zurückgeschreckt: Der Zensur sind in den letzten drei Jahren verschiedene Medien zum Opfer gefallen, die in Deutschland nicht mehr offiziell abrufbar sind, wie z. B. Russia Today, RIA Novosti, Der erste Kanal oder Resistance News Network. Auch die Kontrollmechanismen in den Sozialen Medien wurden verschärft: Richtlinienveränderung bei Meta und X, Tik-Tok-Verbot in den USA oder die Festnahme des Telegram-Gründers Pawel Durows. Gleichzeitig wird in den Medien sowie im öffentlichen Leben Aufrüstung und Militarisierung normalisiert: Bundeswehr-Werbung an Schulen, Unis oder im Fitness-Studio, Personenbusse im Bundeswehr-Look oder Bilder von Bundespolitiker in Panzern und Kampfjets. Die Bundeswehr ist neuerdings „Deutschlands stärkste Friedensbewegung“, Kriegsgegner dagegen „Lumpenpazifisten“ – das ist Rhetorik à la Zeitenwende.

Russophobie hat Tradition

Anti-slawischer Rassismus hat in Deutschland Tradition: vom ersten und zweiten Weltkrieg über den kalten Krieg bis hin zur Zeitenwende. „Der Russe“ gilt als Gefahr für Europa und Deutschland. Wichtig ist allerdings der Unterschied zwischen DDR und BRD: Denn während in der DDR das russische Volk als Brudervolk galt, wurde in der BRD die anti-russische Hetze nahtlos weiterbetrieben. Seit 2022 müssen sich russische Künstler Gesinnungsproben unterziehen und werden im Zweifel aus der Öffentlichkeit verbannt. In Talkshows ist zu hören, dass Russen zwar europäisch aussähen, aber eben keine Europäer seien und einen anderen Bezug zur Gewalt und zum Tod hätten. Ganz im Stil der deutschen Außenministerin, die erklärt, dass man Russland „ruinieren“ müsse.

Tipp zum Weiterlesen

Hannes Hofbauer, Feindbild Russland: Geschichte einer Dämonisierung. Promedia Verlag, 2016.

Das, was Deutschland in zwei Weltkriegen nicht geschafft hat, soll beim dritten Anlauf endlich klappen.

„Wir dürfen nicht vergessen, auch wenn Russen europäisch aussehen, dass es **keine Europäer** sind – jetzt im kulturellen Sinne – die einen anderen Bezug zu Gewalt haben, die einen anderen Bezug zu Tod haben.“²⁸

(Florence Gaub, Forschungsdirektorin der NATO-Militärakademie, 2022)

Begleitet wird die anti-russische Hetze von anti-muslimischen Rassismus. Leider fruchtet die Hetze und ideologische Mobilisierung: Auch wenn die Ergebnisse nicht unbedingt verallgemeinerbar sind geben in einer Umfrage der *Körper-Stiftung* 82% der Befragten an, dass sie in Russland eine Bedrohung für Deutschland sehen.²⁹ Die ideologische Hetze wirkt sich auch in Gewalt aus. So wurden seit 2022 verstärkt russischsprachige Menschen, Vereine oder Geschäfte angegriffen.³⁰



Die BRD in der rassistischen Offensive

Seit spätestens Oktober 2023 hat die rassistische Offensive in Deutschland Fahrt aufgenommen. Abschieben, Abschieben, Abschieben ist das neue Motto. Während Finanzminister Lindner sämtliche „Denkverbote“ in der Migrationspolitik abschaffen will und die Grünen mit Aussagen wie „Gift des Islams“ anti-muslimische Hetze betreiben, fordert Friedrich Merz, Migranten „umfassend an der Grenze aufzuhalten“.

„Das **Gift des Islams** erreicht die Köpfe der Menschen Menschen nicht nur im Ausland, es erreicht auch die Menschen hier.“³¹

(Katharina Gröge, Grüne-Abgeordnete)

Egal ob marode Schulen, Wohnungsmangel, Probleme im Bildungs- oder Gesundheitswesen, das alles ist laut CDU-Chef die „Konsequenz eines von Migration überforderten Landes“. Abschiebekanzler Scholz rühmt sich derweil, die „größte migrationspolitische Wende der letzten 20 Jahre“ auf die Beine gestellt zu haben, und medial wird schon lange nicht mehr vor NPD-Rhetorik zurückgeschreckt. Ganz im Stil der Zeitenwende kommen Gegenstimmen zu diesen Entwicklungen nicht mehr vor.

Die BRD soll für Kriegen- und Krisenzeiten fit gemacht werden. Migranten werden stigmatisiert und missbraucht, um ein Bedrohungsszenario aufzubauen: ‚Importierte Antisemiten‘ und ‚sexistische und demokratieunfähige Ausländer‘ würden unsere Demokratie von innen heraus zersetzen. Während die Bedrohungslügen in der Außenpolitik noch nicht immer ihre gewünschte Wirkung entfalten, tragen sie nach innen zur ideologischen Mobilisierung und Formierung der Volksgemeinschaft bei. Mit dem Anti-Migrationsspektakel will man Löhne drücken und ein Ventil für die herrschende Krisenstimmung schaffen: Kritik an Aufrüstung, Waffenlieferungen, Sanktionen und sozialem Abstieg soll in den Hintergrund treten und stattdessen in rassistische und chauvinistische Hetze umgelenkt werden.

Tipp zum Weiterlesen

Philipp Kissel. Migration, die Arbeiterklasse und der Imperialismus.
www.kommunistische-organisation.de

Die „deutsche Verantwortung“

Man könnte denken, dass die deutsche Geschichte, konkret die Verantwortung für den größten stattgefundenen Völkermord, ein Hindernis für die erneute Aufrüstung zum großen Krieg darstellen muss – das Gegenteil ist der Fall. Der Holocaust zählt spätestens seit dem Überfall auf Serbien 1999 zum Standardrepertoire der bundesdeutschen Kriegspropaganda – Grünen-Politiker Joschka Fischer prägte den Ausspruch „Nie wieder Auschwitz“ als Legitimation für deutsche Bomben auf Serbien.



Hier die Rote Armee bei der Befreiung von Auschwitz. Dass die Sowjetunion Deutschland vom Faschismus befreit hat, soll man hier zu Lande allerdings vergessen.

Und so wird auch aktuell im Namen des Holocausts der Völkermord in Gaza unterstützt. Juden, die sich gegen die Instrumentalisierung des Holocausts als Rechtfertigung für andauernde Verbrechen gegen die palästinensische Bevölkerung stellen, werden angefeindet und strafrechtlich verfolgt. Außerdem wurde es geschafft, die militärische Aufrüstung gegen Russland über folgende Erzählung zu begründen: Deutschland trage nicht die Alleinschuld am Zweiten Weltkrieg, sondern teile sich diese mit der Sowjetunion. Im Gegensatz zu Russland habe Deutschland diese eigene Geschichte des Weltherrschaftstrebens und der Aggression aber überwunden. Aufgrund seiner faschistischen Vergangenheit sei es also prädestiniert dafür, „autoritäre Systeme“ zu erkennen und zu bekämpfen. Daraus erwachse schließlich

die historische und moralische Verantwortung des „neuen, demokratischen Deutschlands“, das heutige „autoritäre Russland“ in die Schranken zu weisen – auch mit Krieg. Diese geschichtsrevisionistische Betrachtung wurde 2019 in einer EU-Resolution formuliert, die das ideologische Werkzeug für diese revanchistische Politik bietet.³²

Genau dieser Geschichtsrevisionismus wird nun an Gedenktagen wie dem 8. Mai, dem Tag des Sieges über den deutschen Faschismus, per Exekutive umgesetzt: Seit 2022 ist an diesen Tagen das Zeigen von Symbolen der Sowjetunion oder der Russischen Föderation sowie das Abspielen von sowjetischen Liedern wie „Der Heilige Krieg“ an Orten wie z. B. dem Sowjetischen Ehrendenkmal im Treptower Park verboten. In Berlin konfiszierte die Polizei in den letzten Jahren immer wieder rote Fahnen, Fahnen der Sowjetunion oder Georgsbänder. In Deutschland soll man vergessen, wer Deutschland und die Welt vom Faschismus befreit hat: die Sowjetunion und die Rote Armee.

Hintergrund: Die Rehabilitierung des Faschismus

Faschismus war und ist ein Mittel zur Vorbereitung und Durchführung von Krieg. Diese Funktion erfüllte der Faschismus in Deutschland ebenso wie der im Ausland unterstützte. Nach der Niederlage des deutschen Faschismus 1945 war seine Rehabilitierung eine der ersten Maßnahmen: Ein Schritt dahin war die Gründung der Bundeswehr 1955, unter großer Mitwirkung von ehemaligen SS und Wehrmachtsoffizieren.

Gleichzeitig wurden faschistische paramilitärische Gruppen aufgebaut, deren Ziel es war, antiimperialistische Kräfte in Deutschland und Europa zu bekämpfen, u. a. die Gruppe *Gladio*. Diese wurde von der NATO finanziert und aufgebaut und war verantwortlich für mehrere Terroranschläge gegen die eigene Bevölkerung, um diese für ihre antikommunistische Propaganda zu nutzen. Doch auch im Ausland wurden faschistische Strukturen gefördert und genutzt. So spielen Faschisten in der Ukraine nicht erst seit dem faschistischen Massaker in Odessa 2014 eine wichtige Rolle. Während des Zweiten Weltkrieges

Tipp zum Hören

Podcast mit Susann Witt-Stahl
Faschismus in der Ukraine
www.kommunistische-organisation.de

kämpfte die *Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN)* an der Seite der deutschen Faschisten gegen die Sowjetunion. Die Sowjetunion bekämpfte den ukrainischen Faschismus, aber er konnte sich im Untergrund und in den westlichen Ländern erhalten. Mit dem nationalistischen Aufschwung für und durch die Zerstörung der Sowjetunion erlebte er eine Wiederauferstehung. Verschiedene faschistische Gruppen und Parteien wie *Swoboda* traten auf den Plan und begannen, eine bedeutende Rolle in der politischen Landschaft des Landes zu spielen. Diese Gruppen propagierten einen radikalen Chauvinismus, der mit Antikommunismus, Russenhass und Antisemitismus einherging. Sie wurden und werden insbesondere durch die USA, Kanada und die BRD gefördert und sind Teil eines großen faschistischen Netzwerks der NATO-Staaten. Die Auswirkungen der Unterstützung ukrainischer Faschisten spüren wir auch hier in Deutschland: Asow-Faschisten werden als heldenhafte Vaterlandsverteidiger gefeiert, SS-Kollaborateure wie Stepan Bandera sind ukrainische Nationalhelden, und der faschistische Ruf „Slava Ukraini“ gilt als ehrenwerter Ausruf für die Unterstützung der Ukraine im Kampf gegen Russland und schallt seit 2022 immer wieder durch den Bundestag.

Demonstranten in Kiew ehren Stepan Bandera, der mit den deutschen Faschisten kollaborierte. Im Bild sind Flaggen der faschistischen Partei Swoboda und der OUN zu sehen.



6. Drei Jahre Zeitenwende – Drei Jahre zu wenig Widerstand

Laut Umfragen stehen durchaus viele Menschen dem Kriegskurs der Zeitenwende kritisch gegenüber. Große und nachhaltige Proteste bleiben jedoch aus. Bei vielen Menschen kann man Rückzug, Gleichgültigkeit oder Zynismus beobachten – scheinbar in der illusionären Hoffnung, so von der drohenden Kriegsgefahr verschont zu bleiben. Darüber hinaus sind viele linke und ehemals friedensorientierte Akteure mittlerweile in den aktuellen Kurs eingebunden. So ist beispielsweise die Linkspartei mittlerweile ganz von einer Anti-Kriegshaltung abgerückt. Sie stimmt für Waffenlieferungen an die Ukraine³³, fordert ein ledigliches „Einfrieren“ des Kriegshaushalts sowie die schärfere Durchsetzung der Sanktionen gegen Russland, notfalls auch militärisch.³⁴

Von dem neu gegründeten BSW erhoff(t)en sich viele aus der Friedensbewegung eine neue organisierte Kraft. Im Februar 2023 demonstrierten noch 50.000 gegen die Kriegspolitik, im Oktober 2024 waren es schon deutlich weniger. Unter Führung von Sahra Wagenknecht formierte sich eine neue Partei, die zwar wenigstens die Waffenlieferungen ablehnt und gegen die Antisemitismus-Resolution stimmte, aber insgesamt eine eher brave Opposition abgibt.

Umfragewerte zur Zeitenwende

Seit dem Ausrufen der Zeitenwende wurden verschiedenste Umfragen veröffentlicht, die ein sehr durchmisches Bild ergeben. Waffenlieferungen stoßen auf hohe Ablehnung, die Einführung der Wehrpflicht schon weniger. Es muss berücksichtigt werden, dass Umfragen mit einem bestimmten Interesse durchgeführt werden und in diesem Sinne interpretiert werden müssen. Dennoch zeigen gerade die in den Umfragen erstellten Schlussfolgerungen, worum es im Kern geht. Die Bundeswehr hat 2024 eine sehr umfassende Befragung zur „Kriegsangst“ und „Kriegstauglichkeit“ in Deutschland veröffentlicht. Sie kommt zu dem Fazit, dass die Zustimmung zur Zeitenwende auf dem Bedrohungsszenario durch Russland beruht. Hier wird allerdings die Sorge geäußert, dass dieses „tendenziell Schwankungen“ unterworfen ist und daher wird geschlussfolgert: „Damit der zu beobachtende Mentalitätswandel in der Bevölkerung nachhaltig ist, muss er kommunikativ begleitet werden. Besonders wichtig erscheint es, den Bürgerinnen und Bürgern auch weiterhin die von Russland ausgehende Gefahr für unsere Sicherheit in aller Klarheit zu vermitteln“.³⁵ Heißt im Klartext: Noch mehr Kriegspropaganda gegen Russland ist nötig.

49% denken, dass deutsche Waffenlieferungen nicht zu einem schnellen Ende des Ukraine-Kriegs beitragen

36% denken, dass die NATO mit ihrer Osterweiterung zum Konflikt mit Russland beigetragen hat

58% sind gegen eine Führungsrolle Deutschlands im Ukraine-Krieg

79% sind gegen die militärische Unterstützung Israels

73% sind für mehr Investition in europäische Rüstungsausgaben

38% sind für Waffenlieferungen an die Ukraine, in Ostdeutschland sind es nur **24%**

43% ist für die Wiedereinführung der Wehrpflicht, die Ablehnung ist bei jungen Menschen am höchsten⁴⁴

DGB-Führung im Dienste der Zeitenwende

Während der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) in seiner Satzung die „Erhaltung des Friedens und Freiheit im Geiste der Völkerverständigung“ als Ziel festhält³⁶, spricht seine Politik eine andere Sprache. Bereits im Februar 2022 sprach sich der DGB für Sanktionen gegen Russland aus, im Mai 2022 wurde sich dann auch von Waffenlieferungen an die Ukraine nicht mehr klar abgewendet, DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi sprach sich sogar klar für solche aus. Auch die Militarisierung und Hochrüstung wird mitgetragen und teils sogar offen begrüßt. Die IG Metall und IG BCE, als Vertreter der Arbeiter der Rüstungsindustrie, erweisen sich als Partner im Aufbau der Kriegswirtschaft: In einem gemeinsamen Positionspapier mit dem Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BSDV) spricht sich die IG Metall für mehr deutsche Rüstungsproduktion aus, damit Deutschland die „angestrebte Rolle“ erreiche und Arbeitsplätze geschaffen werden.³⁷

Die IG BCE bejubelt Rheinmetall, das eine „entscheidende Rolle bei der Modernisierung der deutschen Streitkräfte und als Lieferant für die Ukraine“ spiele.³⁸ Während die Unterstützung der DGB-Führung gesichert ist, bröckelt der Rückhalt an der Basis. Gewerkschaftliche Aktive gründen Initiativen oder beteiligen sich an Aktionen gegen die Waffenlieferungen an Israel und die Ukraine. Ein Aufruf von Gewerkschaften gegen Aufrüsten zählt mittlerweile über 6000 Unterschriften.



Proteste und Probleme

Seit 2022 gibt es viele Versuche, sich der Zeitenwende zu widersetzen. In Berlin haben mehrere große Friedensdemonstrationen stattgefunden. Seit Oktober 2023 hat die Palästina-Bewegung in Deutschland an Fahrt aufgenommen und eine große Dynamik entwickelt: In vielen Städten sind wöchentlich Demonstrationen auf der Straße. Es finden Kongresse, Uni-Besetzungen oder Aktionen gegen den Völkermord in Gaza statt.

Gerade im Bereich der juristischen und polizeilichen Repression gegen Palästina-Aktivist:innen, z. B. beim Verbot des *Palästina-Kongresses* in Berlin, konnte auch internationale Beachtung geschaffen werden. Petitionen gegen Waffenlieferungen oder die Beschränkung der demokratischen Rechte sind entstanden, vor allem im Bereich der Kultur und Wissenschaft. Aktive Gewerkschafter haben sich zusammengefunden und versuchen, Druck auf die DGB-Führung auszuüben. Darüber hinaus sind verschiedene Aktionsbündnisse entstanden, wie „Nein zur Wehrpflicht“ oder „Rheinmetall entwaffnen“. Das zeigt, dass es viele Menschen gibt, die den aktuellen Kriegskurs nicht mittragen und versuchen, sich dagegen zu organisieren.

In der Aktivität zeigen sich aber auch viele Schwierigkeiten: Die massive staatliche Repression, gerade gegen Palästina-Aktivist:innen, schüchtert ein und fordert

einen teuren und zeitaufwendigen Abwehrkampf. Rechte Kräfte versuchen immer wieder, die Friedensbewegung für sich zu vereinnahmen. Aber auch die einzelnen Bewegungen sind von Spaltungspotenzial geprägt, was sich in der Palästina-Bewegung zuletzt in der Einschätzung der Entwicklungen in Syrien zeigte. Außerdem konnten die Friedens- und Palästina-Bewegung kaum miteinander verbunden werden. Aufgrund ihrer pazifistischen Haltung lehnen

größere Teile der Friedensbewegung die Handlungen Russlands oder des palästinensischen Widerstands strikt ab. Sie verschließen sich daher den Gründen, warum es für Russland eine Notwendigkeit der aktiven Verteidigung gegen die NATO gibt oder warum die palästinensischen Kräfte sich gegen die Besatzungspolitik zur Wehr setzen müssen. Indem der Pazifismus für Verzicht auf Gewalt plädiert, unterstützt er damit indirekt den aktuellen Zustand: Denn die Macht des Imperialismus wird durch Gewalt gesichert und aufrechterhalten und ist ohne Gegenwehr nicht zu brechen.



Tipps zum Weiterlesen

Berliner Appell – www.nie-wieder-krieg.org

Termine Ostermärsche 2025 – www.ostermarsch.info

Bündnis gegen die SiKo in München – www.sicherheitskonferenz.de

Heizung, Brot und Frieden – www.facebook.com/heizungbrotfrieden/

Gewerkschaften gegen Aufrüstung – gewerkschaften-gegen-aufruestung.de

Bündnis gegen die Wehrpflicht – www.neinzurwehrpflicht.wordpress.com

Palästina-Vernetzung – www.kufiya-netzwerk.de

Palästina-Initiativen in vielen Städte

Stoppt die Zeitenwende heißt Stoppt den Krieg gegen Russland!

Auch unter Kommunisten, die in der Geschichte die politische Hauptkraft in anti-militaristischen Kämpfen spielen, fehlt es an Einheit. Man kann drei grundlegende Gefahren für die Aktivität in den westlichen imperialistischen Zentren beobachten:

- Die Äquidistanz, die die NATO mit Russland und China gleichsetzt.
- Die Tendenz, die derzeitige Verarmungspolitik künstlich vom Krieg gegen Russland zu trennen und somit die Kämpfe gegen Sozialabbau und Preissteigerungen von denen gegen Aufrüstung, Waffenlieferungen und Kriegspropaganda zu trennen.
- Eine Relativierung des Faschismus, wie er in der Ukraine von der NATO aufgebaut und gefördert wird und der auch auf die Verhältnisse im Westen zurückwirkt.

Die Frage der Einschätzung und Analyse des Kriegs ist wichtig, denn sie bestimmt die Forderungen und Stoßrichtung des Kampfes. Wenn man mit der Analyse der Lage falsch liegt, stellt man falsche Orientierungen auf. Die Lage zeigt: Die NATO ist der Aggressor, sie hat den Krieg vorbereitet, die Ukraine zum Rammbock gegen Russland aufgerüstet und mobilisiert für die Kriegsausweitung. Wir müssen die NATO, ihren Krieg und ihren Faschismus bekämpfen. In diesem Sinne muss die Bevölkerung aufgeklärt und mobilisiert werden.

Die Äquidistanz, also das Gleichsetzen der NATO und Russlands, ist u. a. auch deswegen ein Problem, da die Zeitenwende maßgeblich über die Hetze gegen Russland durchgesetzt wird. Die Debatte innerhalb der linken und kommunistischen Bewegung muss geführt werden. Die zum Teil mangelhafte Diskussionsbereitschaft drückt z. T. auch eine mangelnde Bereitschaft aus, unserem Gegner – der Bundesregierung – in voller Opposition gegenüberzutreten.

Wir müssen Aktionen, Veranstaltungen und Mobilisierungen mit inhaltlicher Auseinandersetzung und Vermittlung durchführen: Es ist nötig, über die Hintergründe der Kriegspolitik, die Mittel ihrer Durchsetzung und die politische Zielstellung des Zeitenwende-Projekts, die Kriegsvorbereitung gegen Russland, aufzuklären. Wir müssen alternative Medien- und Bildungsangebote bekannter machen, die Notwendigkeit von Organisation aufzeigen und konkrete Handlungsansätze wie z. B. in den Gewerkschaften oder der Palästina-Bewegung verbreiten. Unsere Losungen dabei müssen sein:

Nein zum Krieg heißt Nein zur NATO!

Russland war und ist nicht unser Feind. Die Bedrohung sind die NATO, USA und Deutschland, die den Ukraine-Krieg vorbereitet haben. Die Zeitenwende hat das Ziel, Deutschland in großem Stil kriegsfähig zu machen. Dieser Krieg ist ein Krieg gegen Russland. Diesen zu stoppen, ist unser aller Aufgabe.

Stoppt die Zeitenwende heißt

Stoppt den Krieg gegen Russland!

Quellen und Nachweise

- 1 [zdf.de/politik/maybrit-illner/clemens-fuest-kanonen-und-butter-sind-schlaraffenland-maybrit-illner-22-februar-2024-100.html](https://www.zdf.de/politik/maybrit-illner/clemens-fuest-kanonen-und-butter-sind-schlaraffenland-maybrit-illner-22-februar-2024-100.html); [02.01.2025]
- 2 [bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/regierungserklaerung-von-bundeskanzler-olaf-scholzam-27-februar-2022-2008356](https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/regierungserklaerung-von-bundeskanzler-olaf-scholzam-27-februar-2022-2008356); [12.12.2024].
- 3 [dw.com/de/kiesewetter-den-krieg-nach-russland-tragen/a-68215200](https://www.dw.com/de/kiesewetter-den-krieg-nach-russland-tragen/a-68215200); [10.10.2024]
- 4 Kronauer, Jörg (2015): *Allzeit bereit. Die neue deutsche Weltpolitik und ihre Stützen*, S.27f.
- 5 [bundeswehr.de/de/aktuelles/meldungen/bundeswehr-litauen-grosse-schritte-deutschekampfbrigade](https://www.bundeswehr.de/de/aktuelles/meldungen/bundeswehr-litauen-grosse-schritte-deutschekampfbrigade)
- 6 [x.com/CarloMasala1](https://www.x.com/CarloMasala1); [15.01.2025].
- 7 [handelsblatt.com/politik/darum-uebt-die-bundeswehr-im-suedchinesischen-meer/100029525.html](https://www.handelsblatt.com/politik/darum-uebt-die-bundeswehr-im-suedchinesischen-meer/100029525.html); [31.12.2024].
- 8 [german-foreign-policy.com/news/detail/9477](https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/9477); [21.01.2025].
- 9 de.statista.com/statistik/daten/studie/1303434/umfrage/bilaterale-unterstuetzung-fuer-die-ukraineim-ukraine-krieg/; [22.01.2025].
- 10 [bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/lieferungen-ukraine-2054514](https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/lieferungen-ukraine-2054514); [26.01.2025].
- 11 [rheinmetall.com/de/media/news-watch/news/2024/11/2024-11-07-rheinmetall-pressemitteilung-quartalsmitteilung-q3](https://www.rheinmetall.com/de/media/news-watch/news/2024/11/2024-11-07-rheinmetall-pressemitteilung-quartalsmitteilung-q3); [10.12.2024].
- 12 [faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/so-bereiten-sich-europas-konzerne-auf-den-kriegsfall-vor-110129591.html](https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/so-bereiten-sich-europas-konzerne-auf-den-kriegsfall-vor-110129591.html); [02.01.2025]
- 13 [bundeswehr.de/de/aktuelles/meldungen/nachgefragt-us-raketensysteme-deutschland-5852534](https://www.bundeswehr.de/de/aktuelles/meldungen/nachgefragt-us-raketensysteme-deutschland-5852534); [29.01.2025].
- 14 [sueddeutsche.de/politik/ruestung-industrie-waffenproduktion-staatseinstieg-lux.KkRaTcg-QogbGo4j2sUPjqd](https://www.sueddeutsche.de/politik/ruestung-industrie-waffenproduktion-staatseinstieg-lux.KkRaTcg-QogbGo4j2sUPjqd)
- 15 [zeit.de/2024/29/ruestungsindustrie-arbeit-fachkraeftemangel-mitarbeiter-rheinmetall](https://www.zeit.de/2024/29/ruestungsindustrie-arbeit-fachkraeftemangel-mitarbeiter-rheinmetall); [01.01.2025].
- 16 [faz.net/aktuell/wirtschaft/wahlkampf-vor-bundestagswahl-olaf-scholz-verneint-das-oekonomische-prinzip-schlechthin-110166449.html](https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wahlkampf-vor-bundestagswahl-olaf-scholz-verneint-das-oekonomische-prinzip-schlechthin-110166449.html); [05.01.2025]
- 17 [faz.net/aktuell/wirtschaft/wahlkampf-vor-bundestagswahl-olaf-scholz-verneint-das-oekonomische-prinzip-schlechthin-110166449.html](https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wahlkampf-vor-bundestagswahl-olaf-scholz-verneint-das-oekonomische-prinzip-schlechthin-110166449.html); [07.01.2025]
- 18 [zdf.de/nachrichten/video/habeck-rede-ampel-aus-regierungskrise-100.html](https://www.zdf.de/nachrichten/video/habeck-rede-ampel-aus-regierungskrise-100.html); [10.01.2025]
- 19 [focus.de/politik/deutschland/bruch-mit-lindner-erklaerung-von-bundeskanzler-olaf-scholz-zum-ampel-aus-im-wortlaut_id_260458853.html](https://www.focus.de/politik/deutschland/bruch-mit-lindner-erklaerung-von-bundeskanzler-olaf-scholz-zum-ampel-aus-im-wortlaut_id_260458853.html); [02.01.2025]
- 20 [ifw-kiel.de/de/publikationen/kriegstuechtig-in-jahrzehnten-europas-und-deutschlands-langsame-auf-ruestung-gegenueber-russland-33235/](https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/kriegstuechtig-in-jahrzehnten-europas-und-deutschlands-langsame-auf-ruestung-gegenueber-russland-33235/), S. 7. [22.01.2025].
- 21 [linkezeitung.de/2025/01/09/sklaven-kaempfen-nicht-afd-politikerin-weidel-spricht-exklusiv-mit-the-american-conservative/](https://www.linkezeitung.de/2025/01/09/sklaven-kaempfen-nicht-afd-politikerin-weidel-spricht-exklusiv-mit-the-american-conservative/); [28.01.2025].
- 22 [tagesschau.de/inland/innenpolitik/afd-wehrpflicht-101.html](https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/afd-wehrpflicht-101.html); [11.11.2024].
- 23 [german-foreign-policy.com/news/detail/9812](https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/9812); [02.01.2025].
- 24 [schwaebische.de/panorama/die-angriffsphase-des-gegners-laeuft-schon-3207236](https://www.schwaebische.de/panorama/die-angriffsphase-des-gegners-laeuft-schon-3207236); [16.01.2025].
- 25 [bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-916934](https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-916934); [23.01.2025].
- 26 [kommunistische-organisation.de/stellungnahme/solidaritaet-mit-heiner-buecker-kampf-dem-geschichtsrevisionismus/](https://www.kommunistische-organisation.de/stellungnahme/solidaritaet-mit-heiner-buecker-kampf-dem-geschichtsrevisionismus/); [03.11.2024].
- 27 [handelsblatt.com/meinung/gastbeitraege/kursk-offensive-das-sind-die-historischen-lehren-zum-vorstoss-der-ukraine/100059576.html](https://www.handelsblatt.com/meinung/gastbeitraege/kursk-offensive-das-sind-die-historischen-lehren-zum-vorstoss-der-ukraine/100059576.html); [24.12.2024].
- 28 [nachdenkseiten.de/?p=82944](https://www.nachdenkseiten.de/?p=82944); [02.02.2025]
- 29 [koerber-stiftung.de/presse/mitteilungen/deutsche-wollen-mehr-in-europaeische-sicherheit-investieren/](https://www.koerber-stiftung.de/presse/mitteilungen/deutsche-wollen-mehr-in-europaeische-sicherheit-investieren/); [23.01.2025].
- 30 [germany.mid.ru/de/aktuelles/pressemitteilungen/ber_f_ille_der_diskriminierung_und_verfolgung_der_russischsprachigen_bev_lkerung_in_deutschland_teil_8/](https://www.germany.mid.ru/de/aktuelles/pressemitteilungen/ber_f_ille_der_diskriminierung_und_verfolgung_der_russischsprachigen_bev_lkerung_in_deutschland_teil_8/); [10.11.2024].

- 31 [facebook.com/reel/489343677274093](https://www.facebook.com/reel/489343677274093); [21.01.2025].
- 32 europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2019-0021_DE.pdf; [12.12.2024].
- 33 [jungewelt.de/loginFailed.php?ref=/artikel/484184.niedergang-der-linkspartei-racketeschie%C3%9F-den-vogel-ab.html](https://www.jungewelt.de/loginFailed.php?ref=/artikel/484184.niedergang-der-linkspartei-racketeschie%C3%9F-den-vogel-ab.html); abgreufen am 05.01.2025.
- 34 [andreas-wehr.eu/jan-van-aken-kriegstreiber-von-links.html](https://www.andreas-wehr.eu/jan-van-aken-kriegstreiber-von-links.html); [24.01.2025].
- 35 zms.bundeswehr.de/de/publikationen-ueberblick/befragung-zwischen-kriegsangst-und-kriegstauglichkeit-5860904; [12.01.2025].
- 36 dgb.de/der-dgb/wer-wir-sind/#c8622; [01.06.2024].
- 37 igmetall.de/download/20240130_Positionspapier_Sicherheits_undVerteidigungsindustrie.pdf; [20.12.2024].
- 38 taz.de/Gewerkschaften-und-Ruestungsindustrie/16045570/; [03.01.2025].
- 39 *Heute Europa, morgen die Welt. Deutsche Großmachtspolitik in fünf Etappen.* edition ost, Das Neue Berlin, 2014. S. 149.
- 40 der-paritaetische.de/themen/sozial-und-europapolitik/armut-und-grundsicherung/armutsbericht; [01.01.2025]
- 41 handelsblatt.com/finanzen/maerkte/aktien/dax-ranking-2024-das-sind-die-dax-konzernmit-dem-hoechsten-umsatz/28690220.html; [02.01.2025]
- 42 unsere-zeit.de/von-gibraltar-bis-zum-ural-vom-nordkap-bis-zypern-49266/; [17.01.2025].
- 43 kommunistische-organisation.de/klaerung-imperialismus/deutschlands-griff-nach-osten/#zwischenfazit-3; [10.10.2024].
- 44 Die Zahlen sind folgenden Quellen entnommen: zms.bundeswehr.de/de/publikationen-ueberblick/befragung-zwischen-kriegsangst-und-kriegstauglichkeit-5860904; ipsos.com/de-de/deutliche-mehrheit-fur-wiedereinfuehrung-der-wehrpflicht; de.statista.com/statistik/daten/studie/1454716/umfrage/umfrage-zu-waffenlieferungen-von-deutschland-an-die-ukraine/; koerber-stiftung.de/presse/mitteilungen/deutsche-wollen-mehr-in-europaeische-sicherheit-investieren/; [08.01.2025].

Die Datumsangaben in eckigen Klammern bezeichnen den Zeitpunkt des letzten Zugriffs auf die jeweilige Internetquelle.

Über diese Broschüre

Vor drei Jahren rief Olaf Scholz die Zeitenwende aus. Die Pläne dafür lagen schon länger in der Schublade. Ziel ist es, Deutschland in großem Stil kriegsfähig zu machen. Dieser Krieg ist ein Krieg gegen Russland. Die Broschüre zeichnet die wichtigsten Entwicklungen in den letzten drei Jahren nach. Neben der militärischen, wirtschaftlichen, politischen und ideologischen Aufrüstung richtet sie zuletzt den Blick auf das, was unser aller Aufgabe ist: Den Krieg gegen Russland zu stoppen.